

	<b>Antragsbereich</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Beschluss</b>
EU1	Europa	Kreis V Wandsbek	Der Zersplitterung des Europäischen Parlaments entgegenwirken	<p>(Angenommen)</p> <p>Die Bewältigung der derzeitigen europäischen Krise erfordert ein starkes und soziales Europa. Die dafür notwendige weitere Vertiefung der europäischen Integration bedarf der demokratischen Legimitation. Langfristig streben wir daher auf EU-Ebene die Schaffung einer dem Europäischen Parlament verantwortlichen Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung an.</p> <p>Das Europäische Parlament ist das einzige Organ, bei dem die Bürgerinnen und Bürger durch Wahlen die europäische Politik unmittelbar beeinflussen können. Nur eine starke, schlagkräftige parlamentarische Sozialdemokratie ist der Garant dafür, dass bei einer zunehmend europäisierten Agenda unsere Zukunft gesichert ist. Deshalb dürfen wir auch in Deutschland Europa nicht durch unglückliche Wahlrechtsregelungen an rechte, antieuropäische oder opportunistische Splittergruppen aushändigen. Dies gefährdet letztendlich die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments, die Durchsetzung unserer politischen Ziele und die Sicherung deutscher Interessen.</p> <p>Um eine weitere Zersplitterung der deutschen Interessenvertretung im Europäischen Parlament zu vermeiden, fordern wir daher die SPD-Bundestagsfraktion auf, nach Prüfung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, dass für die nächsten Europawahlen 2014 eine 3%-Sperrklausel in das Europawahlgesetz eingeführt wird.</p>
EU2	Europa	Kreis II Altona	Deutschlands Verantwortung für ein starkes Europa	<p>(Angenommen)</p> <p>Die SPD steht ohne Wenn und Aber zu Europa. Im Gegensatz zur "auf Sicht" steuernden schwarz-gelben Bundesregierung lässt sie dabei drei</p>

				<p>grundlegende Ziele niemals aus den Augen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• die Erhaltung des Friedens und der europäischen Kooperation,</li><li>• die Sicherung der demokratischen Strukturen und des sozialen Zusammenhalts und</li><li>• die Erhaltung der wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Stärke Europas.</li></ul> <p>Damit stellen wir uns klar gegen die von Kanzlerin Merkel proklamierte „marktkonforme Demokratie“, die ihre Politik von Krisengipfel zu Krisengipfel an den Interessen "des Marktes" ausrichtet. Wenn der Markt in Teilen der Finanzindustrie versagt, ist es die Aufgabe der Politik, diesen Markt zu reformieren und nicht die Demokratie anzupassen.</p> <p>Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird die Krise und damit die Frage nach Europa auf zwei parallelen Wegen gleichzeitig angehen:</p> <p>Auf der einen Seite werden wir in Deutschland einen Prozess starten, die Binnenkonjunktur zu stärken, indem wir die Umverteilung von unten nach oben beenden. Mehr Geld in den Taschen weiter Teile der Bevölkerung wird nicht nur den deutschen Unternehmen helfen und sie zu Investitionen und Einstellungen anregen, sondern die steigende deutsche Nachfrage wird auch unseren Handelspartnern helfen, die Krise zu überstehen. Diesen Weg kann Deutschland aus sich heraus und im eigenen Interesse gehen.</p> <p>Den zweiten, parallelen Weg werden wir in Absprache mit unseren europäischen und internationalen Partnern gehen. Hier gilt es, die Wirtschafts- und Finanzpolitik abzustimmen, die Strukturen in Europa auf ein neues demokratisches Fundament zu stellen und die Finanzwirtschaft</p>
--	--	--	--	---

			<p>im Sinne der Realwirtschaft zu regulieren.</p> <p>Deutschland hat mit Blick auf die Überwindung der Euro-Krise und die Zukunft Europas ein besonderes Interesse und eine besondere Verantwortung. Wir sind das Land, das von der Einführung des Euro in den letzten zehn Jahren den größten Gewinn hatte. Unsere Exportüberschüsse betragen seitdem rund 150 Mrd. Euro pro Jahr, das Netto-Auslandsvermögen Deutschlands hat sich seit dem Jahr 2002 von 67 Mrd. auf rund eine Billion Euro erhöht. Und Deutschland profitiert auch im Zuge der Krise von extrem niedrigen Finanzierungskosten, die der schwarz-gelben Regierung dabei helfen, ihre inkonsequente, unsolide und nicht zuletzt mit Blick auf die Hotelier-Steuer-Geschenke unsoziale Finanz- und Steuerpolitik zu kaschieren. Gleichzeitig geht Deutschland durch die Garantien für die Rettungsschirme gewaltige haushaltspolitische Risiken ein, ohne dass erkennbar wird, wie diese Risiken kontrolliert werden sollen, d.h. wie sichergestellt wird, dass die Länder unter den Rettungsschirmen so stabilisiert werden, dass sie die Kredite zurückzahlen können.</p> <p>Ein Zusammenbruch des Euros muss auf jeden Fall vermieden werden. Denn das Ende des Euros hätte unabsehbare Folgen: Die deutschen Auslandsguthaben wären schlagartig entwertet, unsere Exportindustrie würde unter dem Druck der darauf folgenden Aufwertung in eine tiefgreifende Krise geraten. Ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre die Folge.</p> <p>Die unter der Führung von Merkel und Sarkozy durchgesetzten Maßnahmen gegen die Euro-Krise haben bisher nicht zu einer Lösung, sondern zu einer Verschärfung der Probleme geführt. In Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien hat der mit den „Rettungsschirmen“ verbundene Kurs des Abbaus staatlicher Leistungen und sozialer Standards zu einer tiefgreifenden Rezession und einem so enormen</p>
--	--	--	---

				<p>Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, dass demokratische Strukturen in Gefahr geraten. Nur durch die Interventionen der Europäischen Zentralbank – insbesondere durch die Ankündigung, unter bestimmten Voraussetzungen unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenländern aufzukaufen – wurde das Auseinanderbrechen der gemeinsamen Währung bisher noch aufgehalten.</p> <p>Die grundlegenden Ursachen der Euro-Krise – die wachsenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des gemeinsamen Währungsraumes – ist die schwarz-gelbe Regierung nicht angegangen, sie hat sie noch nicht einmal erkannt. Das die Weltwirtschaft seit den 1980er Jahren beherrschende neoliberale Geschäftsmodell mit geringen Spitzensteuersätzen, geringen Unternehmenssteuern und weitgehender Liberalisierung der Finanzmärkte hat über Jahrzehnte einige wenige Gewinner hervorgebracht. Die Mittelschicht konnte Ihren Lebensstandard dank steigenden Vermögenspreise und günstiger Kredite lange erhalten. Die einfachen Arbeiter und Angestellten sowie die Arbeitslosen gehörten zu den ersten Verlierern. Im Zuge der sich seit 2007 immer weiter verschärfenden Krise und fallender Vermögenspreise in weiten Teilen der Welt begann auch die Mittelschicht den Anschluss zu verlieren und wird zusehend zu Verlierern.</p> <p>Heute stehen zu viele Verlierer zu wenigen Gewinnern gegenüber, und Verlierer haben es schwer, einen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft leisten. Die Gewinner stimulieren mit ihren hohen Einkommen die Nachfrage nicht ausreichend, da Investitionen in spekulative Finanzprodukte scheinbar mehr Rendite versprechen als Investitionen in Unternehmen der Realwirtschaft.</p> <p><b>Unser erstes Ziel ist die Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland – d.h. die Stärkung des privaten Verbrauchs sowie der privaten und öffentlichen Investitionen,</b> die sich bei uns seit langem auf</p>
--	--	--	--	--

			<p>einem bedenklich niedrigen Niveau bewegen. Das derart erreichte zusätzliche Wirtschaftswachstum wird zugleich einen Abbau der Staatsverschuldung ermöglichen. Der Weg dahin führt über ein <b>Bündel von Maßnahmen</b>, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn</li><li>• die prinzipielle Gleichbezahlung von Leiharbeit</li><li>• höhere reale Lohnsteigerungen für alle Beschäftigten</li><li>• die höhere Besteuerung hoher Einkommen und Kapitalerträge</li><li>• die Wiedereinführung der Vermögensteuer</li><li>• die Förderung produktiver Investitionen in der Realwirtschaft.</li></ul> <p>Dabei wird die Eindämmung des übermäßig groß gewordenen Niedriglohnssektors in Deutschland die Verhandlungsposition der Gewerkschaften stärken und die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik unterstützen.</p> <p>Im Ergebnis dieser Umsteuerung wird eine Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland erreichbar, die zu einer Erhöhung unserer Importe aus den europäischen Partnerländern und der übrigen Welt führen wird. Deutschland leistet dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Rückkehr zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz und zur Entlastung unserer Partner von dem übermäßigen wirtschaftlichen Anpassungsdruck, ohne dass in Frage gestellt wird, dass Deutschland auch in Zukunft eine exportstarke Volkswirtschaft bleiben wird. Die dauerhafte Erhöhung unserer Importe ist zugleich der aussichtsreichste Weg, um die wachsenden Risiken der enormen deutschen Vermögenspositionen im Ausland und die Risiken der deutschen Garantien für die Rettungsschirme abzubauen.</p> <p>Auf diesem Weg werden sich die Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland nicht verschlechtern, sondern verbessern. Die Bezieher hoher Einkommen und Eigentümer großer Vermögen werden höhere</p>
--	--	--	---

				<p>Belastungen tragen müssen – gleichzeitig werden aber auch die Risiken für ihre Kapitalanlagen, die zuletzt stark zugenommen haben, schrittweise wieder abgebaut. Die Exportwirtschaft bleibt ein starker Anker der deutschen Wirtschaft und wird langfristig durch die Erholung in Europa profitieren. Gleichzeitig werden aber die Binnenwirtschaft und mit ihr die Importe expandieren.</p> <p><b>Unser zweites Ziel: Auf europäischer Ebene wird sich Deutschland für die Stabilisierung der gemeinsamen Währung, für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für die Stärkung der demokratischen Strukturen der Gemeinschaft einsetzen.</b></p> <p>Wir sagen klar: Der Zusammenschluss unterschiedlicher <b>Staaten</b> zu einer Währungsunion kann nicht nach dem neoliberalen Leitbild des Wettbewerbs funktionieren – d.h. mit Siegern, die sich durchsetzen und Verlierern, die aus dem Markt ausscheiden (wie z.B. Unternehmen oder Banken). Wir bekennen uns dazu, dass die Regierungen aller Euroländer die Krise gemeinsam bewältigen müssen. Kein Land, auch Griechenland nicht, darf aus dem Euro herausfliegen.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• bei den notwendigen Strukturanpassungen in den am meisten von der Krise betroffenen Ländern <b>Grenzen der Austeritätspolitik</b> beachtet werden, damit diese Länder nicht in eine lang andauernde Rezession gestürzt werden, in deren Folge der soziale Zusammenhalt der Gesellschaften und die Akzeptanz der demokratischen Institutionen verloren zu gehen drohen und die europäische Idee irreparablen Schaden nimmt,</li><li>• ein <b>Europäisches Wachstumsprogramm</b> mit Schwerpunkt auf Energiewende, Umweltschutz, Bildung, Forschung und Innovation sowie Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt</li></ul>
--	--	--	--	--

				<p>werden, finanziert durch eine Finanztransaktionsteuer,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>gemeinschaftlich verbürgte europäische Staatsanleihen</b> eingeführt werden – bei verbindlicher gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitik der beteiligten Staaten mit klaren Regeln zur Haushaltsdisziplin.</li> <li>• Der derzeitige Krisenmechanismus in Europa weist dem Europäischen Parlament eine unzureichende Rolle zu. Eine angestrebte Vertiefung der Europäischen Integration darf nicht am Parlament vorbei erfolgen. Ein verstärkt finanz- und wirtschaftspolitisch verflochtenes Europa muss auf einem demokratischen Fundament gründen. Wesentlicher Bestandteil einer demokratischen EU ist das Europäische Parlament.</li> </ul> <p>Zur <b>Stärkung des Europäischen Parlaments</b> im Rahmen der europäischen Schulden- und Bankenkrise und zur Wahrung eines demokratischen Europas fordern wir</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Aushandlung der den ESM-Unterstützungskrediten zugrunde liegenden Konditionen,</li> <li>• eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht , die der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments unterstellt wird,</li> </ul> <p>dass mögliche zukünftige Regelungen, einen nationalen Haushalt zurückweisen zu können, in der letzten Entscheidung dem Europäischen Parlament vorbehalten bleiben müssen.</p>
Arb1	Arbeit	Kreis IV Nord	Prekäre Beschäftigung im Öffentlichen Dienst vermeiden	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Gute Arbeit, faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne sind ein zentrales Ziel der SPD. Die SPD steht dafür, prekäre Arbeitsbedingungen</p>

				<p>überall zurück zu drängen.</p> <p>Deshalb geht der Hamburger Senat mit gutem Beispiel voran. Mit dem Entwurf eines Landesmindestlohngesetzes, der Novellierung des Vergabegesetzes und der Richtlinien zur Regulierung und Begrenzung von Leiharbeit werden schlecht entlohnte und prekäre Arbeitsverhältnisse im Bereich der Stadt Hamburg und ihrer Beteiligungen und Auftragnehmer effektiv zurück gedrängt.</p> <p>Im Zuge dieser Bemühungen bitten wir die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat, ergänzend zu prüfen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- wie der Einsatz von Honorarkräften bei öffentlichen Aufgaben unter Berücksichtigung der wünschenswerten Sozialversicherungspflichtigkeit aller Beschäftigten gestaltet werden kann;</li> <li>- wie die Personalbedarfe der Stadt, ihrer Einrichtungen und öffentlichen Unternehmen grundsätzlich mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung abgedeckt werden können;</li> <li>- wie sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst beendet werden kann.</li> </ul>
Soz1	Soziales	Kreis V Wandsbek	Hinzuverdienstgrenzen für Bezieher von Hartz IV	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der Bundesparteitag möge die Bundestagsfraktion beauftragen zu prüfen, ob und in welcher Höhe die Zusatzverdienstmöglichkeiten für die ALG II leistungsberechtigten Personen durch eine verbesserte Anrechnungsregel verbessert werden kann.</p>
Soz2	Soziales	Kreis IV Nord	Forderungen zum Rentenkonzept der SPD	Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents
Soz3	Soziales	Kreis V Wandsbek	Aufteilung der Pflegezeit ermöglichen	Annahme in geänderter Fassung:



				Der Bundestag möge die Bundestagsfraktion beauftragen, sich dafür einzusetzen, das Pflegezeitgesetz insoweit zu ändern, dass eine mehrmalige Inanspruchnahme der Pflegezeit möglich ist, solange die Gesamtdauer von sechs Monaten in der Summe nicht überschritten wird.
Soz4	Soziales	Kreis I Mitte	Hamburgisches Mindestlohngesetz gerecht und effektiv gestalten	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der Landesparteitag der SPD Hamburg unterstützt Senat und Bürgerschaftsfraktion nachdrücklich dabei, ein Landesmindestlohngesetz für Hamburg einzuführen und alle auf Landesebene vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen, um einen möglichst flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro in der Stunde durchzusetzen.</p> <p>Der Landesparteitag fordert Senat und Bürgerschaftsfraktion auf, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für ein Hamburgisches Mindestlohngesetz zu prüfen, ob</p> <p>1. die Möglichkeit besteht im Mindestlohngesetz einen Mindestlohn oberhalb der Mindesthöhe von 8,50 Euro pro Stunde vorzusehen. Dies wäre angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg sinnvoll. Im Vergabegesetz von NRW hat man den Mindestlohn aus der niedrigsten Entgeltgruppe E 1 des TV-L gebildet und kommt dabei auf 8,62 Euro. Der Koalitionsvertrag der neuen SPD-geführten Regierungskoalition in Schleswig-Holstein sieht eine ähnliche Regelung vor.</p> <p>2. es möglich ist, dass der einmalig im Gesetz festgelegte Mindestlohn regelmäßig steigen kann. Dieser darf nicht langfristig bei 8,50 Euro pro Stunde stehenbleiben. Der Mindestlohn würde sonst auf Dauer deutlich an Wert verlieren. Zu prüfen ist deshalb eine Regelung im Gesetz, die vorsieht, dass der Senat den Mindestlohn regelmäßig per Verordnung zu</p>

				einem bestimmten Stichtag anpassen soll. Als Orientierung soll hierfür die durchschnittliche Lohn- und Preisentwicklung in Hamburg dienen. Empfehlungen hierfür könnte ein paritätisch mit Gewerkschaften und Arbeitgebern besetzter Mindestlohnausschuss geben.
Soz5	Soziales	Jusos	Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurücknehmen	Annahme in geänderter Fassung:  Senat und SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, den von Senat und Bürgerschaft bereits beschlossenen Umsteuerungsprozess in der offenen Kinder- und Jugendarbeit so zu gestalten, dass Einrichtungsschließungen in den Stadtteilen weitestgehend vermieden werden. Die Möglichkeiten, die die Bürgerschaft auf SPD-Antrag eröffnet hat (mehr Flexibilität bei den Haushaltsmitteln, mehr Kooperation mit den schulischen Ganztagsangeboten sowie ein Umsteuerungsfonds), sollen soweit wie möglich in Anspruch genommen werden, um die Einrichtungslandschaft in den Bezirken und Stadtteilen auch unter den veränderten Rahmenbedingungen (mit Schwerpunkt auf Kita- und Ganztagsausbau) in eine gute Zukunft zu führen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, durch die Beantragung einer Berichterstattung des Senats gegenüber der Bürgerschaft sicherzustellen, dass diese Zielsetzungen umgesetzt werden.
Bill	Bildung	Jusos	Bessere Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf	(Zurückgezogen)
Fin1	Finanzen	Kreis II Altona	Regulierung der „Schattenbanken“	(Angenommen)  Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag sowie

				<p>die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament weiterleiten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Für Unternehmen, deren Hauptzweck der Betrieb von Finanzgeschäften ist, die also Kapital von Investoren sammeln und anlegen, sollen dieselben Gesetzesvorschriften und Regeln gelten wie für Banken (insbesondere die Regeln über die Ausstattung mit Eigenkapital).</li> <li>2. Soweit diese Unternehmen forderungsbasierte Wertpapiere ausgeben („Asset Backed Securities“ oder „Mortgage Backed Securities“), ist von der zuständigen Finanzaufsichtsbehörde vor Erteilung der Genehmigung der Emission sicherzustellen, dass maximal 90 Prozent der zugrundeliegenden Forderungen über dieses Finanzierungsinstrument am Markt platziert werden. Das bedeutet, dass sowohl die Emittenten als auch die den Vertrieb übernehmenden Unternehmen (also Banken oder Versicherungsunternehmen) zur Absicherung jeweils mindestens 10 Prozent des Anlagebetrages in der Bilanz behalten müssen.</li> <li>3. Zukünftig soll keine Mehrfachverbriefung von Kreditforderungen mehr erlaubt sein. Deshalb sind der Finanzaufsichtsbehörde die zugrunde liegenden Kreditverträge eindeutig identifizierbar offen zulegen. Erst nach der Prüfung lässt sie die Verbriefung der Forderungen zum Handel zu.</li> </ol>
Fin2	Finanzen	Kreis IV Nord	Änderung des Grundsteuergesetzes	<p>(Angenommen)</p> <p>Senat und Bürgerschaft werden gebeten, eine Gesetzesinitiative zur Änderung des Grundsteuergesetzes zu ergreifen, nach der § 33 Grundsteuergesetz für bebaute Grundstücke komplett gestrichen werden soll.</p>
Fin3	Finanzen	Kreis III Eimsbüttel	Finanzrahmengesetz anpassen	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfaktion und den Senat auf, im Falle der</p>

				Einführung neuer aufkommensstarker Steuern (z.B. auf Vermögen), das Finanzrahmengesetz entsprechend fortzuschreiben, indem die Einnahmeprojektion angepasst wird. Solche dauerhaften zusätzlichen Steuereinnahmen sollen Mehrausgaben zugunsten der Hamburgerinnen und Hamburger nach sich ziehen können, soweit die Einhaltung der Schuldenbremse nicht gefährdet wird.
Ges1	Gesundheit	Kreis III Eimsbüttel	Mitarbeiter schützen - Patienten transparent informieren.	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die SPD Hamburg setzt sich für ein transparentes und landesweit einheitliches Verfahren zur Erhebung von Gefährdungsanzeigen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein.</p> <p>Sie fordert den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die zuständigen Fachbehörden auf zu prüfen, ob und wie Gefährdungsanzeigen aus allen Hamburger Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen unter folgenden Kriterien zu erfassen und für die Öffentlichkeit transparent zu machen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Gefährdungsgrund</li> <li>2) Gefährdungsbereich</li> <li>3) Anzahl der gestellten Gefährdungsanzeigen</li> <li>4) Art/Form der Lösung zur Beendigung der Gefährdung</li> </ol> <p>Je nach Ergebnis wirkt der Senat/die Fachbehörden auf die Träger von Krankenhäusern u. Pflegeeinrichtungen hinsichtlich einheitlicher Erhebungs- u. Umgangskriterien mit Gefährdungsanzeigen hin und stellt einheitliche Rahmenbedingungen hierzu her.</p>
Ges2	Gesundheit	Kreis V Wandsbek	Praxisgebühr	(Erledigt)

Ges3	Gesundheit	Jusos	Ärztliche Untersuchungspflicht und verpflichtende Sehtests für Inhaber einer Fahrerlaubnis	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD folgende Forderungen beraten und beschließen:</p> <p>Bei der ab 2013 geltenden regelmäßigen Erneuerung der Führerscheine ist für alle Führerscheinbesitzerinnen und –besitzer mindestens ein Sehtest vorzuschreiben.</p> <p>Darüber hinaus fordern die wir eine verpflichtende Auffrischung der Erste-Hilfe-Maßnahmen ab Beginn des Führerscheinerwerbs in einer regelmäßigen Abstand von 5 Jahren.</p>
In1	Inneres	Kreis IV Nord	Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten einführen	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die SPD Hamburg befürwortet die Einführung der Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizistinnen und Polizisten.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Senat wird deshalb aufgefordert, im Einvernehmen mit den Polizeigewerkschaften auf eine bundeseinheitliche Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten zu drängen, unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Berlin und Bremen.</li> <li>2. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich im Einvernehmen mit den Polizeigewerkschaften für das Inkrafttreten einer entsprechenden Regelung zur Kennzeichnung von Polizeikräften in Hamburg einzusetzen.</li> <li>3. Im Hinblick auf das besondere beamtenrechtliche Treueverhältnis und zum Schutze der Polizeikräfte sollen die gesetzlichen Regelungen eine anonymisierte und vor jedem Einsatz neu generierte Nummernfolge zur Individualisierung der Beamtinnen und Beamten vorsehen.</li> </ol>

In2	Inneres	Kreis III Eimsbüttel	Kennzeichnungspflicht für Polizisten	Erledigt durch geänderte Fassung In 1
In3	Inneres	Kreis I Mitte	Transparenz schaffen - Kennzeichnungspflicht einführen!	Erledigt durch geänderte Fassung In 1
In4	Inneres	Jusos	Neubewertung des Aufenthaltsrechts	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der SPD Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beraten und beschließen:</p> <p>1. Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich einsetzen für eine Reform des Aufenthaltsrechts auf Bundesebene in folgenden Punkten:</p> <p>Die Erleichterung der Erlangung einer Arbeitserlaubnis im Rahmen des §10BeschVerfV.</p> <p>Die Verbesserung der Möglichkeit für eine Aufenthaltserlaubnis bei Langzeitgeduldeten Menschen.</p> <p>2. Eine konsequente und gesetzliche Umsetzung des auf der Integrationsministerkonferenz beschlossenen Vorschlags zur „Nachhaltigen Integration“.</p> <p>3. Eine kritische Neubewertung der Dublin-II-Verordnung.</p> <p>4. Die SPD wird die öffentliche Debatte über das Aufenthaltsrecht und die damit verknüpften Themen aktiv führen. In dieser Debatte werden wir rassistische Ressentiments, Unwahrheiten und Verschleierungen entschieden zurück weisen.</p>
In5	Inneres	Jusos	Transparenz schaffen -	Erledigt durch geänderte Fassung In 1

			Kennzeichnungspflicht einführen	
En1	Energiepolitik	Kreis III Eimsbüttel	Hamburger Energiewende beschleunigen	vertagt auf LPT 16.2.2013
Woh1	Wohnen	Kreis IV Nord	Mieterhöhung bei Modernisierung	(Zurückgezogen)
Glst1	Gleichstellung	Jusos	Förderung braucht keine Quote - Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst	<p>Annahme in geänderter Fassung (Überschrift):</p> <p><b>MEHR MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST</b></p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den BPT beschließen:</p> <p>Als vorzuziehende und weniger einschneidende Alternative zum Zwangsmodell der Quote verlangen wir zunächst eine bundesweite freiwillige Selbstverpflichtung der Behörden entsprechend dem Berliner Modell (§ 4 Berliner Gesetz zur Regelung von Integration und Partizipation vom 9.12.2010). Danach sind alle Behörden verpflichtet – unter Verzicht auf eine starre Quote – konkrete Zielvorgaben zur sukzessiven Erhöhung des Migrantenanteils im öffentlichen Dienst unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung aufzustellen, einzuhalten und regelmäßig im Wege des Benchmarking und der Berichterstattung über die Personalentwicklung zu überprüfen. Außerdem sind die Behörden gehalten, ein aktives Personalmanagement zu betreiben, in Ausschreibungen gezielt Migranten anzusprechen und im Bewerbungsverfahren die inter- kulturelle Kompetenz zu berücksichtigen. Diese Art der freiwilligen Selbstverpflichtung ermöglicht ein Abstellen auf den Einzelfall. Wie erfolgreich solche konkreten Zielvorgaben sind, hat die 2006 in Hamburg eingeführte Initiative „Wir sind Hamburg. Bist Du dabei?“ gezeigt, mit der der Ausbildungsanteil von Jugendlichen mit Migrations-</p>

				<p>hintergrund in der allgemeinen Verwaltung, Steuerverwaltung, Polizei und Feuerwehr von 5,2 % (2006) auf 15 % (2010) gesteigert wurde. Wir verlangen jedoch nicht nur für den Ausbildungsbereich, sondern für den gesamten öffentlichen Dienst (einschließlich Richter, Staatsanwälte, Ministerialbeamte etc.) eine deutliche Erhöhung des Migrantenteils.</p>
Glst2	Gleichstellung	Jusos	Anonymisiertes Bewerbungsverfahren für den Öffentlichen Dienst in Hamburg	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Senat und SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, die Anwendung anonymisierter Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst der Stadt Hamburg mit dem Ziel zu prüfen, in einzelnen Teilbereichen ein solches Verfahren zu erproben. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Erfolg der bisherigen Strategie der „interkulturellen Öffnung der Verwaltung“ in Hamburg und die Auswertung der geplanten Beschäftigtenbefragung 2013 zu berücksichtigen.</p> <p>Zudem wird der Senat gebeten, Maßnahmen zu prüfen, wie die FHH in der Privatwirtschaft für die Charta der Vielfalt und die Nutzung von Instrumenten des Abbaus von Diskriminierungen wie z.B. anonyme Bewerbungsverfahren und bewusste Zielgruppenansprache werben kann.</p>
Glst3	Gleichstellung	Schwusos	Maßnahmen zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilter	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die SPD soll sich für Maßnahmen zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homo- sexueller Handlungen Verurteilten einsetzen.</p> <p>Darüber hinaus begrüßt der LPT die Bundesratsinitiative der Länder Hamburg und Berlin zum gleichen Thema.</p>
Med1	Medien	Kreis III Eimsbüttel	Internetdienste	Annahme mit Änderung (Adressat).



				Der Bundesparteitag möge die Bundestagsfraktion auffordern, Anbieter von Internetdiensten, die Daten ihrer Nutzer zur Weitergabe an Dritte erheben, müssen ihren Nutzern mindestens einmal im Jahr Auskunft über die Verwendung ihrer Daten geben. Sie müssen dabei dem jeweiligen Nutzer bekannt geben, an wen welche seiner Daten zu welchem Zweck weitergegeben wurden.
Med2	Medien	Jusos	Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im digitalen Zeitalter	(Erledigt)
Med3	Medien	Jusos	Hamburg braucht die Media School	<p>(Angenommen)</p> <p>„Die Medienwirtschaft ist ein Standbein dessen, wohin sich Hamburg entwickeln soll: zu einer großen Stadt in Europa.“ Olaf Scholz (2012)</p> <p>Die Medienmetropole Norddeutschlands heißt Hamburg. Ob Film- und Fernsehproduktion oder Verlags- und Musikwirtschaft: Medienunternehmen unterschiedlichster Richtungen sind in unserer Stadt vertreten und tragen zur Vielfalt und Attraktivität des Medienstandortes bei. Ein hohes Ausbildungsniveau ist der zentrale Standortfaktor, um zu gewährleisten, dass Hamburg diese führende Rolle auch international behaupten und ausbauen kann. Die seit 2003 existierende Hamburg Media School, deren Gründung bereits durch den rot-grünen Senat unter Bürgermeister Ortwin Runde vorangetrieben wurde, leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Intention des Wirtschaftssenators Thomas Mirow ist es gewesen, exzellente und von der Abhängigkeit eines einzelnen Unternehmens unabhängige Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen in der Medienbranche zu schaffen.</p> <p>Aktuelle Situation:</p> <p>Derzeit werden von der HMS die Studiengänge MBA Medienmanagement und MBA Film angeboten. Der Master-Studiengang Journalismus läuft im</p>

				<p>Sommersemester aus und wird in novellierter Form weitergeführt. Zu den Dozenten zählen u.a. „Stromberg“-Regisseur Arne Feldhusen und die Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel. Zahlreiche Absolventen des Filmstudiums sind bisher für ihre Abschlussarbeiten mit dem Studenten-Oscar ausgezeichnet worden, unter ihnen Florian Baxmeyer für seinen Kurzfilm „Die rote Jacke“. Aktuell sind 86 Studierende an der HMS eingeschrieben. Die Hamburg Media School ist zudem Träger des nichtkommerziellen Lokalsenders TIDE.</p> <p>In Public-Private-Partnership-Struktur gegründet, war zunächst vorgesehen, den Haushalt der HMS durch öffentliche, private und Studiengebühren in einem Verhältnis 40/40/20 zu finanzieren. Dabei kann nicht verschwiegen werden, dass 2009 rund 60% des Jahresetats von 3,9 Millionen Euro aus staatlichen Subventionen resultierten. Der Anteil aus der Privatwirtschaft betrug lediglich 25%. Eine Tatsache, die vom Rechnungshof vermehrt moniert worden ist. Festzuhalten bleibt, dass die Umsetzung der Hamburg Media School in die Amtszeit CDU-geführter Senate gefallen ist und die Christdemokraten das Versäumnis verantworten müssen, Medienunternehmen in diesen Jahren nur unzureichend für das Projekt HMS begeistert zu haben.</p> <p>Forderung:</p> <p>Der Senat steht in der Pflicht, innerhalb der privaten Wirtschaft für die Hamburg Media School zu werben, um so ein verstärktes Engagement von Medienunternehmen auch in finanzieller Hinsicht erreichen zu können und eine Reduzierung der staatlichen Zuwendungen auf 40% zu ermöglichen. Den medienpolitischen Verfehlungen konservativer Vorgängersenate kann nur mit einer aktiven Medienstandortpolitik und einem klaren Bekenntnis zur HMS begegnet werden. Die SPD Hamburg fordert den Senat auf, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gremien der Hamburg Media School ein Konzept zu entwickeln, um den Bestand dieser Institution auch</p>
--	--	--	--	---

				künftig zu gewährleisten.
Ent1	Entwicklungspolitik	Kreis II Altona	Sozialdemokratische Kernforderungen zur Entwicklungszusammenarbeit umsetzen	<p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen, im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 bei der Formulierung der Positionen zur Entwicklungszusammenarbeit die nachfolgenden Forderungen zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Entwicklungspolitik muss die klassischen Ziele der Armutsbekämpfung mit ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten, Gleichstellung von Frau und Mann, medizinischer Grundversorgung, menschliche Sicherheit mit dem konkreten Abbau von Hunger und extremer Armut verbinden und in den Nachhaltigkeitszielen als Fortsetzung der MDG nach 2015 festschreiben.</li> <li>2. Die SPD steht auch weiterhin zum 0.7-Prozent-Ziel. Entsprechend den Forderungen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ soll ein wesentlicher Anteil davon aus den Einnahmen der Finanztransaktionssteuer getragen werden.</li> <li>3. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik war und bleibt auch immer Globale Strukturpolitik. Dazu gehört die Stärkung der Parlamente und der Zivilgesellschaft. Neue Zielsysteme müssen sich an einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Entwicklungsmodell orientieren und dabei gute und demokratische Regierungsführung herausstellen.</li> <li>4. Frauen sind zentrale Akteure für Entwicklungsprozesse. Geschlechtergerechtigkeit und Gender empowerment müssen Ziele sein. In die Bildung von Müttern muss investiert werden. Gender ist eine Querschnittsaufgabe für alle Handlungsfelder in der EZ. Gleichzeitig muss aber auch Frauen-Mädchen Förderung durchgesetzt werden insbesondere im ländlichen Raum.</li> </ol>

				<p>5. Das Recht auf Nahrung muss umgesetzt werden. Dazu muss endlich die Förderung der Landwirtschaft und Förderung der ländlichen Entwicklung in Entwicklungsländern ausgebaut werden. Gleichzeitig muss die unverantwortliche Nahrungsmittelspekulation und das Landgrabbing geächtet und Verboten werden. Der nachhaltigen Produktion von Nahrungsmitteln muss Vorrang eingeräumt werden. Die EU-Landwirtschaftspolitik muss das Recht auf Nahrung in die GAP-Gesetze aufnehmen und den subventionierten Export von Nahrungsmitteln beenden.</p> <p>6. Faire Welthandelsbedingungen sind durchzusetzen, um Entwicklungsländern gerechte Chancen zur wirtschaftlichen Teilhabe am Weltmarkt und den Schutz sensibler heimischer Märkte zu gewährleisten. Das bedeutet eine konsequente Abschaffung aller Agrarexportsubventionen und handelsverzerrender interner Stützungen innerhalb der EU, um die Überschwemmung regionaler Märkte in Entwicklungsländern durch Importprodukte zu Dumpingpreisen zu verhindern. Die Doha-Runde der WTO muss endlich zu einem entwicklungsfreundlichen Abschluss kommen.</p> <p>7. Eine nachhaltige Rohstoff-Strategie muss international vereinbart, mit transparenten und fairen Rahmenbedingungen ausgestaltet und wirtschaftliche Interessen dürfen nicht vor Ressourcen schonende Entscheidungen gestellt werden. Dem Interesse der Ärmsten muss Rechnung getragen werden. Darauf muss auch eine deutsche Rohstoffstrategie Rücksicht nehmen.</p>
Verk1	Verkehr	Kreis I Mitte	Die Verkehrsentwicklung in Wilhelmsburg im Kontext des gesamten Süderelberaums für die Menschen und die Wirtschaft aktiv gestalten	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der Landesparteitag fordert die Bürgerschaftsfraktion und den Senat auf:</p> <p>1. Um den Erfordernissen der aktuellen und zukünftigen Verkehre zu genügen, ist ein integriertes, ganzheitliches Verkehrskonzept auf Basis</p>

			<p>eines Verkehrsmodells und einem daraus resultierenden lokalen Verkehrsentwicklungsplans zu erarbeiten. Das Gesamtmobilitätskonzept zum Süderelberaum stellt den ersten Schritt zu einem lokalen Verkehrsentwicklungsplan dar. Bei dessen Umsetzung müssen erforderliche Verkehrsprojekte die Belastung der Wohnstadtteile minimieren und eine zügige Abwicklung der hafenwichtigen Transportverkehre sicherstellen. Ein integriertes Verkehrskonzept für den Hamburger Süden soll Alternativen, wie z.B. ÖPNV oder automatisch geführte Transportsysteme für die Hafenvirtschaft betrachten. Ein Verkehrsleitsystem, wie es zur IBA/IGS 2013 geplant ist, muss nach der IBA weiterentwickelt werden, so dass Transit-LKW schon frühzeitig in das übergeordnete Netz der BAB geleitet werden. Schleichverkehre im Stadtteil sind eine große Belastung und Gefährdung für die Menschen.</p> <p>2. Nach der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße wird es im Osten von Wilhelmsburg deutlich leiser werden als vor der Verlegung. Eine rechtliche Einschätzung als Neubaustrecke ist als Maßstab zu nehmen. Temporeduzierungen können Lärmbelastung und Sicherheit auf der Straße verringern, dürfen aber nicht dazu führen, dass der Verkehr ins nachgeordnete Netz ausweicht.</p> <p>3. Die Luftbelastung in Wilhelmsburg steigt durch die Emissionen der Verkehre, den Hafen, die Industrie und bald durch das Kohlekraftwerk Moorburg ständig an. Die Belastungen dürfen nicht die Gesundheit der Menschen bedrohen und Handlungsoptionen sind zu erarbeiten.4. Die städtebaulichen Entwicklungschancen an der alten Reichsstraßentrasse sowie in Georgswerder müssen für den Wohnungsbau genutzt werden, um den Stadtteil in seiner Gesamtheit weiter zu entwickeln. Es gilt einen Zeitrahmen festzusetzen, in dem mit der Bevölkerung zusammen die Zukunft Wilhelmsburgs mit Wohnungen, Grünflächen, Kleingärten und Gewerbe entwickeln wird. Hier ist Lärmschutz an der Reichsstraße notwendig. Im Rahmen der Städtebaulichen Weiterentwicklung soll auch</p>
--	--	--	--

				<p>die Verlagerung einzelner Betriebe, die nicht auf eine Kaikante angewiesen sind zu prüfen. Dabei gilt der Grundsatz: Verlagerung darf nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.</p> <p>5. Die angestrebte Doppeltrasse aus Wilhelmsburger Reichsstraße und Bahntrasse hat sehr viele Verkehre auf einem sehr geringen Raum zu verkraften. Hier muss eine sichere Trasse entstehen, die für alle Verkehrsteilnehmer Risiken minimiert und in Notfall Fluchtmöglichkeiten bietet.</p> <p>6. Die Ergebnisse des derzeit tätigen bezirklichen Beratungsgremiums zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichstraße sind im weiteren Planungsprozess zu berücksichtigen.</p>
Verk2	Verkehr	Kreis IV Nord	Einrichtung von ausreichenden Fahrradabstellplätzen an den Stationen des ÖPNV (S-Bahn und U-Bahn)	<p>(Angenommen)</p> <p>Spätestens ab 2015 sollen jährlich mindestens sieben Bahnhöfe und / oder große Busstationen mit jeweils den lokalen Erfordernissen angepassten und ausreichend dimensionierten Fahrradabstellplätzen ausgestattet werden. Diese Anlagen sollen wie folgt ausgestattet werden:</p> <p>Gebührenfreie überdachte Plätze mit Bügeln und ausreichend Licht (je nach Bedarf und lokalen Gegebenheiten gegebenenfalls doppelstöckig)</p> <p>Gebührenpflichtige abschließbare Boxen für langfristige Anmietung</p> <p>Eine nicht demontierbare und einfach zu nutzende Fahrradpumpe</p> <p>Ein Automat für Fahrradschläuche</p>

				<p>Eine E-Bike Ladestation</p> <p>Zusätzlich ist an hoch frequentierten Stationen eine gebührenpflichtige und gesicherte Abstellmöglichkeit, auch für die spontane Nutzung, zu schaffen.</p> <p>Die „Bike &amp; Ride“-Anlagen sind einheitlich an allen Stationen durch die P&amp;R-Gesellschaft zu bewirtschaften.</p>
Verk3	Verkehr	Jusos	Die S4 für Hamburg! Unsere Metropolregion nachhaltig vernetzen	<p>Annahme in folgender Fassung:</p> <p>Der Senat wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass spätestens bis zum Jahr 2020 die Linie S4 auf separaten Gleisen fertig gestellt wird.</p>
Verk4	Verkehr	AG 60+	Seniorenfeindliche Tarifpolitik des HVV beenden	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p><b>SENIORENINTERESSEN BERÜCKSICHTIGEN</b></p> <p>Der Landesparteitag fordert Senat und Bürgerschaftsfraktion auf, bei der künftigen Tarifpolitik die Belange der Senioren zu berücksichtigen und bei künftigen Tarifierhöhungen die Senioren nicht stärker zu belasten als andere Tarifgruppen.</p>
Verk5	Verkehr	Jusos	Flexibler Freizeitpass im HVV	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der Senat wird ersucht zu prüfen, ob die Gültigkeit des Freizeitpasses des HVV von jeweiligen Kalendermonat geändert werden kann auf eine allgemeine Gültigkeit von 30 Tagen ab Kaufdatum. Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwiefern der Freizeitpass über die Servicestellen des HVV hinaus auch an anderen Stellen verkauft werden könnte und ob die</p>

				Bewerbung des Angebots verbessert werden könnte.
Verw1 NEU	Verwaltung/Verfassung	Kreis I Mitte  Kreis V Wandsbek	Aufhebung der „Quotierung“ von Bezirksabgeordneten und zugewählten Bürgerinnen und Bürgern	Annahme Verw 1 NEU:  Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, den § 17 Absatz 3 Satz 1 des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) dahingehend zu ändern, dass in den Regionalausschüssen und ihren Unterausschüssen jede Fraktion auch für mehr als die Hälfte ihrer Sitze an Stelle von Mitgliedern der Bezirksversammlung andere Einwohnerinnen und Einwohner aus dem örtlichen Bereich benennen kann. Es muss nur noch mindestens eine Bezirksabgeordnete / ein Bezirksabgeordneter benannt werden, wenn der Fraktion mindestens zwei Ausschusssitze zustehen.
Vbr1	Verbraucherschutz	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	Änderung des § 10 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG): Gewinnabschöpfung	vertagt
Org1	Organisation	Kreis VI Bergedorf	Schaffung eines Systems, um den Status von Anträgen zu verfolgen	Annahme in geänderter Fassung:  1. Der Landesvorstand entwickelt bis zum 30.06.2013 ein Online-System, z.B. auf der Homepage, das eine bessere Nachverfolgung von Anträgen und Initiativen ermöglicht.  2. Die Landesorganisation hat die nötigen Mittel und Ressourcen bereit zu stellen, damit dieses System regelmäßig aktualisiert wird.
Org2	Organisation	Kreis I Mitte	Partizipation ermöglichen! Versammlungszeiten arbeitnehmerfreundlich gestalten	(Angenommen)  Der Landesparteitag fordert eine konsequente Umsetzung arbeitnehmerfreundlicher Termine für Versammlungen,



				Vorstandssitzungen und Kommissionen auf allen Ebenen der Partei.
Org3	Organisation	Kreis VI Bergedorf	Gebührenfreie Kontoführung für alle Gliederungen	<p>(Angenommen)</p> <p>Wir fordern den Parteivorstand über den Landesvorstand auf, eine Bank zu finden, bei der eine gebührenfreie Kassenführung für alle Organisationseinheiten möglich ist.</p>
Ini				<p>(Angenommen als Prüfauftrag)</p> <p>Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und die Bundestagsfraktion:</p> <p>Die Bundestagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob und inwieweit es möglich und sinnvoll ist,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. dass alle marktgängigen, steuerlich geförderten Formen kapitalgedeckter Altersvorsorge (Riester-, Rürup- und Betriebsrenten, etc.) verbindlich auch von der Deutschen Rentenversicherung angeboten werden müssen, damit die Versicherten die Wahl haben, auch bei einem öffentlichen Anbieter ohne Gewinnorientierung abschließen zu können, der dem Sozialstaat aktiv verpflichtet ist;</li> </ol> <p>und</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. die bisher für die DRV in dieser Hinsicht geltenden gesetzlichen Beschränkungen aufzuheben.</li> </ol>